



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 4 / September 2019

www.prodemokratie.com

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Licht ins Dunkel!

Das ist die löbliche jährliche Spendenaktion, wo Geld gesammelt wird um etwas Licht in das Leben hilfsbedürftiger Menschen zu bringen. Eine ganz andere Bedeutung dieser Schlagzeile hat das teilweise Aufdecken der Spendenaktivitäten an die österreichischen Parteien gebracht. Durch diese Spenden wurde etwas Licht ins Dunkel der Abgründe der wirklich bestimmenden Machteliten gebracht. Unsere politischen Repräsentanten sind dabei noch keine direkten Mitglieder dieser im Hintergrund agierenden Mächtigen, sondern sie gehören zu den Handlangern bzw. deren Personal und die zu wählenden Parteien sind nur die Personalabteilungen der wirklich mächtigen Akteure. In Nachbarstaaten und auch weltweit nehmen Oligarchen schon direkt die politischen Geschäfte in die Hand. Vorneweg, bei diesen Spendenaktionen sind natürlich die Regierungsgruppierungen, aber alle anderen Parteien beschreiten ähnliche Wege. SPÖ, Grüne und erst recht die NEOS bieten sich immer wieder als Koalitionspartner an und denken nicht im Geringsten daran der rasanten Umverteilung der Mittel und der Macht von ARM zu REICH entgegenzutreten.

Von unserer klein(kariert)en Welt in der nach Friedrich Hebbel die groß(kariert)e ihre Probe hält zur allgemeineren Betrachtung dieser Probleme. Die Diskrepanz zwischen Volk und Machthabern ist uralte und zu Wahlzeiten wird immer der Begriff Demokratie in Stellung gebracht. Das Wort Demokratie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „**Herrschaft des Staatsvolkes**“, aktualisiert also, politische Systeme, in denen Macht und Regierung vom Volk ausgehen. Es löst, wie auch das Wort Freiheit, emotional bei vielen Menschen die Hoffnung aus, dadurch die Macht der Eliten einzugrenzen und der Gewalt der Mächtigen weniger ausgesetzt zu sein.

Der griechische Historiker Thukydides (ca. 450 bis 399 vor Christus) war der Erste, der sich über die Natur des Menschen und über Regierungsformen Gedanken gemacht und diese niedergeschrieben hat. Er war der Auffassung, dass „die Masse eine Neigung zu Affekten und Leidenschaft hat, auf Kosten der Vernunft. Die politischen Führer seien vor allem durch ein Verlangen nach Macht geleitet um Herrschsucht und Ehrgeiz zu befriedigen. Jede gute Regierungsform muss daher den Schwachstellen der menschlichen Natur Rechnung tragen und eine Demokratie könne dies, seiner Auffassung nach, nicht leisten“. Als Idealform sah er daher eine Regierungsform an, die dem Namen nach eine Demokratie, aber in Wirklichkeit die Herrschaft des ersten Mannes (Führers) sei. Der Philosoph Aristoteles (384 -322 v.Chr.) vertrat eine ähnliche Auffassung. Er betrachtete die **Timokratie**, die Herrschaft der Angesehenen und Besitzenden als ideale Staatsform. Die Demokratie betrachtete er als eine Zerfallsform, da dabei die Armen die Mehrheit wären und den Besitz der Reichen aufteilen könnten, was er als Unrecht ansah. Dieser Grundgedanke findet sich auch in den Ursprüngen der



amerikanischen Verfassung. Jede Regierungsform müsse so gestaltet sein, dass sie die Minderheit der Reichen gegen die Mehrheit der Armen schützt, sagte James Madison (1751-1836) der gepriesene „Vater der amerikanischen Verfassung“ und vierte US-Präsident. Sein Lösungsvorschlag für das Spannungsverhältnis zwischen Volk und Eliten war die **Repräsentative Demokratie**, de facto also eine Oligarchie, mit der sich die Eigeninteressen der reichen Minderheit absichern ließen. Alle diese „Demokratie“-Vorstellungen zum Schutz der Reichen entstanden in Sklavenhalterstaaten, wo der arme Bevölkerungsanteil, der den Wohlstand erarbeiten musste, ohnehin von allen gesellschaftlichen Rechten und fast allen menschlichen Grundrechten ausgeschlossen war. Dieses, von der reichen Oberschicht geprägte Menschenbild durchzieht die gesamte abendländische Geschichte mit einer ausgeprägten Demokratiefeindlichkeit. Sklaverei, Leibeigenschaft, Kolonialismus, Rassismus und Menschenverachtung reichen bis in unsere Tage. Trotzdem wird in der Neuzeit, auch von der reichen, oligarchischen Minderheit die Demokratie praktisch zur einzigen möglichen Herrschaftsform erklärt, mit der sich politische Macht legitimieren lässt. Diese Paradoxie, dass die Reichen und Mächtigen für Demokratie eintreten, lässt sich nur mit dem Trick der **"Repräsentativen Demokratie"** erklären, wo die **Illusion** der Demokratie und Freiheit aufrechterhalten und damit das Volk ruhig gestellt werden soll. Wir haben politische Vertreter (Repräsentanten), die aber nicht laufend dem Volk rechenschaftspflichtig sind und auch nicht jederzeit abwählbar sind. Sie stellen eine Pufferzone zwischen dem Volk und den Eliten dar. Wir sind damit aber weit entfernt von einer Demokratie, der Volksherrschaft. Es gibt bei dieser Regierungsform auch keine Verantwortlichkeit. Weder die politischen Vertreter noch deren Auftraggeber aus der Wirtschaft werden für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen oder bekennen sich als verantwortlich. Man kann die größten Katastrophen anrichten und es gibt keine Verantwortlichen. Das Bewusstsein über die fatalen Folgen der Taten scheint aber schon vorhanden zu sein, da man Bezeichnungen kreiert, die ihre Auswirkungen auf die Menschheit verschleiern und verniedlichen sollen. Man sagt deshalb Finanzkrise und nicht Kapitalverbrechen, und Kriege mit Millionen Opfern und Vertriebenen werden Terrorbekämpfung genannt. Es gibt deshalb auch eine Klimakrise und keine Verbrechen gegen die biologischen Lebensgrundlagen unserer Erde. Die Täter bleiben verborgen. Wir waren noch nie in einer Situation, wo die Feinde der Demokratie und unserer Lebensgrundlagen so unsichtbar waren wie heute. Der Neoliberalismus, die neueste Ausprägungsform

des Kapitalismus, hat die Unsichtbarmachung der Macht perfektioniert. Die organisierte Kriminalität der besitzenden Eliten ist durch das Steuerrecht verrechtlicht worden und in den Steueroasen haben wir die Betrugsmilliarden am Gemeinwesen angehäuft. Das Menschenbild der Sklavenhalter wird wieder deutlicher sichtbar und wurde durch eine Radikalform der Verhaltenspsychologie (Behaviorismus) auf alle Lebensbereiche, besonders auf die Wirtschaft ausgeweitet. Entsprechend dieser, zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen und in den 50iger Jahren radikaler werdenden und allen totalitären Systemen gefälligen Denkrichtung, ist der Mensch nur Rohmaterial, eine Festplatte, auf die man nur die gewünschte Software aufspielen muss und dann werden die gewünschten Reaktionen nach Reizung schon reflexartig ausgeführt. Das wurde von den Vertretern dieser Ideen auch als „ideales finales Befriedungsprogramm“ für die Bevölkerung angesehen, „man muss den Menschen nur die Illusion der Freiheit geben, dann sind sie zufrieden“. Seit geraumer Zeit wissen wir aber durch zahlreiche Forschungsergebnisse von Kognitionsforschern, Psychologen, Sprachforschern und Neurobiologen, dass dieses Menschenbild nicht richtig ist. Wir kommen schon als soziale Wesen zur Welt, mit einer Basis von Moral (Protomoral) und wir haben bereits eine Anlage zu Fairness und Gerechtigkeit. Wir können auch Zwang und Freiheit unterscheiden und es gibt eine natürliche Konzeption von Verantwortlichkeit. Jedoch werden die Handlungen anderer mit anderen Standards gemessen, als die eigenen und das ist die Basis für die Doppelmoral. Man kann kulturell und durch Erziehung gegen diese Doppelmoral arbeiten und dazu kommen, dass alle Menschen als gleichwertig angesehen werden und das Recht haben über ihr Schicksal zu bestimmen, oder man kann diese Doppelmoral perfektionieren und als Grundlage des Handelns erklären; dabei ist die europäisch abendländische Kultur Meister. Hier wird die Basis dazu geschaffen, dass sich die Bevölkerung nicht gegen den Betrug und die Entwürdigung durch die Herrschenden auflehnt. Gerade in einer Demokratie könnte sie auch NEIN sagen. Mit der Repräsentativen Demokratie wird aber mit allen Mitteln verhindert, dass sich die, durch berechnete Ängste, entstehende Empörung gegen die eigentlichen Zentren der Macht richtet. Die FPÖ, aber auch alle anderen Parteien, die sich populistischer Mittel bedienen, lenken die Empörung gegen Migranten und Arme. Ein Standardtrick, der wegen der propagierten Doppelmoral überall funktioniert. Aufkommende Besinnung auf die ebenfalls angeborenen sozialen Werte und Solidarisierung mit den Unterdrückten wird mit allen Mitteln verhindert. Die Medien, die auch überwiegend in der Hand von

Oligarchengruppen sind, funktionieren als Gewerbe, sie verkaufen Meinungen und Informationen und liefern den Rahmen für die Operationen der Machteliten. Sie tragen mit der Zersplitterung der Information, die das Erkennen von Zusammenhängen verhindert, einen Großteil zur Apathie und Untätigkeit in der Bevölkerung bei. Neben der so umgelenkten Unzufriedenheit der Bevölkerung besteht auch eine Unzufriedenheit bei den Herrschenden. Diese merken allmählich, dass die Ablenkung der Bevölkerung von ihren wahren Bedürfnissen, wie Frieden, Klimaproblematik, soziale Sicherheit und globale Gerechtigkeit immer aufwendiger wird und durch gekaufte Politik, Medien und Konsumismus nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Es geht langsam mit aufmüpfigen, spontan entstehenden Bewegungen, wie z.B. die Gelbwesten oder Fridays for Future auch an die Zentren der neoliberalen, kapitalistischen Macht. Sie fordern daher eine schärfere, modernere und finanziell aufwendigere Überwachung und Militarisierung der Bevölkerung. Für manche repräsentative Demokratien werden auch schon Militärregierungen angedacht (z.B. Griechenland). Das heißt, der Konflikt wird härter und militanter und geht von oben aus. Die Zerstörung der staatlichen Sozialsysteme durch die Wirtschaft wird nicht nur durch ihre Gier angetrieben (zu viel ist nicht genug), sondern auch durch die Wurzel, der Repräsentativen Demokratie in Sklavenhalterstaaten und deren Menschenbild. Eine verarmte Bevölkerung, aus prekär Beschäftigten, Zwangsarbeitern, Sozialhilfeempfängern und isoliert tätigen Scheinselbständigen, deren soziale Rechte in Almosen umgewandelt wurden, ist natürlich sehr

viel einfacher zu regieren, als mündige und organisierte Bürger einer Demokratie.

Es wäre deshalb höchst an der Zeit, dem, vom neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftssystem und seinen politischen Repräsentanten angeheizten Konkurrenzdenken, dem geschürten Hass und der Menschenverachtung entgegenzutreten und die, in uns vorhandenen positiven sozialen Verhaltensweisen zu leben. Lassen wir uns nicht durch Scheinauseinandersetzungen der für uns lebensgefährlichen Polit- und Machteliten und deren Handlanger täuschen und weiter ruhigstellen, sondern organisieren wir uns zu unserer Rettung und kämpfen wir schlicht und einfach für die **DEMOKRATIE**.

**Am 25. März 1871 erlässt das
Zentralkomitee der Nationalgarde den
Aufruf zur Wahl der Pariser Kommune:**

"Vergesst nicht, dass diejenigen Menschen euch am besten dienen werden, die ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet, die das gleiche Leben wie ihr führen, und die die gleichen Leiden ertragen, wie ihr."

"Hütet euch vor Leuten, die zu viel reden, und vermeidet vom Schicksal Begünstigte, denn selten nur will derjenige, der ein Vermögen besitzt, im Arbeitenden seinen Bruder sehen."

"Wählt eher diejenigen, die sich um eure Stimme nicht bewerben. Der wahre Verdienst ist bescheiden, und es ist die Sache der Wähler, ihre Kandidaten zu kennen und nicht der Kandidaten, sich erst vorzustellen."

Auf dem Weg in den autoritären Staat?

- In der Schredder-Affäre wäscht Übergangskanzlerin Brigitte Bierlein Kurz rein.
- Gegen Strache werden Korruptionsermittlungen wegen der Ibiza-Affäre eingestellt.
- Rechtsanwalts-Präsident Rupert Wolf ist für die Einstellung des BUWOG-Verfahrens gegen Ex-Finanzminister Grasser (zuerst FPÖ, dann ÖVP). Dieses Verfahren wird wegen möglicher Untreue, illegaler Absprachen und Provisionszahlungen in Zusammenhang mit der Privatisierung von 60.000 Bundeswohnungen der „Bauen und Wohnen GmbH“ (BOWOG) geführt.
- Die ÖVP verschleierte Großspender, überschritt 2017 enorm die gesetzliche Wahlkampfkosten-Obergrenze um fast das Doppelte (13 Mio. statt 7 Mio. €) und will laut „Falter“ mit Tricks auch jetzt wieder die Obergrenze überschreiten.
- FPÖ hat 2017 für den Wahlkampf 10,7 Mio. € ausgegeben, um 3,7 Mio. mehr als erlaubt.
- ÖVP und FPÖ nehmen die Strafzahlungen wegen der Überschreitung der Wahlkampfkosten-Obergrenze mit Achselzucken hin – bezahlen sowieso wieder die Steuerzahler*innen über die Parteienförderung.
- Dass auch Liste JETZT und FPÖ Kurz das Misstrauen ausgesprochen haben, wird unter den Tisch gekehrt. Warum? Weil damit verschleiert wird, dass die Mehrheit der Parlamentarier Kurz abgewählt hat, Kurz also kein „Opfer“ der SPÖ ist. Nur die NEOS hielten zu Kurz.
- Der Zweck der Verschleierung: Er, Kurz, wird von allen angefeindet, mit keinem kann man regieren. Deshalb wollte Kurz eine ÖVP-Allein-Übergangs-

Fortsetzung nächste Seite

regierung, die Bundespräsident Van der Bellen prompt angelobte. (Also hat Kurz doch noch einen hochrangigen Verbündeten außer den NEOS und seine Großspender). Dann schlug Kurz auch schon für nach den Wahlen eine von ihm „geführte“ Türkise „Minderheitsregierung“ vor. Also wieder das Spiel: „Sebastian allein zu Hause“ gegen alle anderen.

- Das sind autoritäre Allmachtsphantasien. Geteilt werden diese „Führer“-Ansprüche von seinen Großspendern und den „Hörbigers“ dieser Republik. Denn wozu sonst zahlen sie? Wohl kaum wegen des „schönen Gesichts“. Wer solches zahlt und tut, hat mit der Republik nichts Gutes im Sinn.
- Dass Kurz mit der rechtsextremen FPÖ mit Identitären-Verbindungen koalitiert – das ist nicht republikgefährdend?!
- Dass die rechtsextreme FPÖ nach „Ibiza“ sich wieder der ÖVP andienert - das ist auch nicht republikgefährdend?!
- Übergangs-Innenminister Wolfgang Peschorn teilte mit, dass in seinem Ministerium Beamte mit Kontakten zu den rechtsextremen Identitären sitzen, deren Aufnahme in den Staatsdienst aber rechtskonform sei (ORF, 2.9.2019). Das ist nicht republikgefährdend?!
- und so weiter und so fort ...

Ja, wo leben wir, wo soll das noch hinführen?

Es passieren Dinge in diesem Land Österreich, die bislang unvorstellbar waren. Offiziell sagt Kurz nichts. Blümel gibt den Anti-FPÖler. So sollen FP-Wähler zur ÖVP geholt werden, damit diese stärker wird. Die SPÖ wird von Kurz als undemokratisch und somit unwählbar (via Hörbiger-Video) hingestellt, sodass dann eine stärkere ÖVP als zuletzt mit einer schwächeren FPÖ gegen SPÖ, Gewerkschaften, AK und v.a. gegen die arbeitenden Menschen und für die Großindustrie schalten und walten kann wie sie will.

Kurz ist gern gesehener Gast bei Industriellen, Militärs und Medienkonzernen und wird von diesen gefördert, weil er ihre Interessen mit seiner Politik umsetzt. Obwohl kein Kanzler mehr, traf er die noch nicht gewählte EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen. Er rührte für sie die Werbetrommel und gab danach Österreichs Kanzlerin Bierlein diesbezüglich „EU-Ratschläge“. Von der Leyen, frühere „Verteidigungsministerin“ Deutschlands, steht für EU-Aufrüstung. Anschließend reiste er zum deutschen Medienkonzern Springer in Hamburg, in den deutsches und US-amerikanisches Kapital investiert ist. Dort traf Kurz mit Medienchefs, Politspitzen und Vertretern der Hochfinanz zusammen.

Wohl nicht rein zufällig, drängt fast gleichzeitig der Ex-Adjutant von Bundespräsident Van der Bellen,

Übergangsverteidigungsminister General Thomas Starlinger, mit Rückendeckung des „glühenden Europäers“ Van der Bellen, auf eine massive Erhöhung der Militärausgaben. Starlinger droht der Bevölkerung mit der Gefährdung der Sicherheit des Landes und dem Ende des Katastrophenschutzes bei Nichterfüllung seiner Forderung nach mehr Rüstungsmilliarden und Verlängerung des Wehrdienstes auf acht Monate.

Auch drängen die am Gängelband des deutschen Kapitals hängende österreichischen Zulieferkapitalisten (siehe ÖVP-Spendenliste) auf eine Kurz-Regierungs-Fortsetzung – mit oder ohne der FPÖ. So hat ja Kurz schon eine ÖVP-Minderheitsregierung vorgeschlagen. Bundespräsident Van der Bellen wiederum hat nach dem Misstrauensvotum gegen Kurz gleich quasi eine Kurz-ÖVP-Alleinregierung als Übergangsregierung angelobt. Diese wurde dann durch ein Misstrauensvotum vom Parlament aus dem Amt gewählt. Daraufhin wurde von Van der Bellen im Alleingang eine Kurz-ÖVP-FPÖ-nahe Übergangsregierung ohne Kurz eingesetzt.

An der Spitze dieser „Expertenregierung“: Kanzlerin Brigitte Bierlein, die von der schwarz-blauen ÖVP-FPÖ-Schüssel Regierung Anfang der 2000er Jahre in den Verfassungsgerichtshof (VfGH) gehoben worden war. Oder mit Ministern wie Alexander Schallenberg (Äußeres; offiziell parteifrei, aber einer der engsten Vertrauten von Kurz, der während der türkis-blauen Regierungszeit die Stabsstelle Strategie und Planung leitete) oder Andreas Reichhardt (Verkehr; FPÖ, aus dem Hofer-Verkehrsministerium). Reichhardt ist Burschenschafter, mit früheren Überschneidungen mit Küssels rechtsextremer „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“, VAPO, sowie Teilnehmer an früheren neonazistischen Wehrsportübungen mit Strache („News“, 5.6.2019, „Standard“, 3.6.2019).

Zudem hat der evangelikale „Erweckungsgottesdienst“ für Kurz in der Wiener Stadthalle gezeigt, dass die USA (ähnlich wie die Evangelikalen als Speerspitze der USA in Brasilien) hier in Österreich ihre Hände im Spiel haben, wenn es darum geht Kurz als „Führer“ in Österreich zu fördern. Auch in Deutschland wird in Industrie, Medienkonzernen und hoher Politik bedauert, dass Kurz nicht mehr Österreichs Kanzler ist und lässt sich Kurz hofieren wie eh und je (siehe oben).

Bekanntlich – aber vielleicht schon wieder vergessen – hat ja Kurz selbst am Tag der Aufkündigung der Koalition mit der FPÖ, auf der Pressekonferenz am 18. Mai 2019 wortwörtlich erklärt, dass es „*einen klaren Wählerauftrag für eine Person geben sollte, die das Land führen möchte*“. Dazu ist zu bemerken: „*Abgesehen von Bundespräsidentenwahlen und Bürgermeisterdirektwahlen gibt es in der österreichischen Demokratie ... keinen Wählerauftrag für eine Person*“ (Tamara Ehs, IG Demokratie, in: „Wiener Zeitung“, 14.6.2019).

Also „führen“, nicht regieren, möchte Kurz als „Person“ – und zwar mit 30 oder 35%. Also einem Drittel der Wähler, oder einem Viertel aller Wahlberechtigten. Alles weit weg von einer alleinigen Mehrheit im Parlament. Die ÖVP hatte keine und bekommt keine absolute Mehrheit! Deshalb lässt die ÖVP via Hörbiger-Video die SPÖ als die Republik gefährdend bezeichnen. Und was kommt dann? Der Blog „dieSubstanz“ sieht in dieser von der ÖVP verbreiteten Aussage „eine außerordentliche Qualität“ und folgert richtig: „Fehlt nur noch der Ruf nach einem Verbot“.



Kurz selbst will und er soll Kanzler bleiben, weil ihn sich die Industrie verpflichtet hat – auch das zeigt die **ÖVP-Spendenliste** – egal was Kurz dazu sagt.

Zu diesem Zweck ist Kurz mit dem Segen der Wirtschaft bereit, selbst immer rechter, unsozialer und menschenverachtender zu werden, unser Land sogar den extrem Rechten in Form der FPÖ (mit ihren Kontakten zu noch rechtsextremere Organisationen und Personen) weiterhin – wenn auch vielleicht ohne Kickl – auszuliefern. Und Kurz geht in Deutschland und zuletzt auch in den USA sondieren, wem er Österreichs Wirtschaft und unsere Neutralität ausliefert, um selbst an der Macht zu bleiben.

SPÖ, ÖGB, AK, Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Greenpeace oder Global 2000 (um die bekanntesten politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und zivil-ökologischen Akteure zu nennen) usw. sehen zu wenig, oder sagen es in der Öffentlichkeit zu wenig laut und organisieren nicht dagegen, dass hier von ÖVP und FPÖ ein frontaler Angriff gefahren wird: Gegen diese Parteien, Vereine und Institutionen selbst, in Wirklichkeit gegen die Demokratie, ein demokratisches, souveränes Österreich, gegen die arbeitenden Menschen und alles was noch sozial, demokratisch, solidarisch in diesem Land ist. Und zwar schon in einer autoritären Art und Weise, die erschreckt, erschrecken muss und zum Handeln zwingt. Doch besagten Organisationen, in die noch viele Menschen vertrauen haben, scheinen das nicht zu glauben oder nicht wahrhaben zu wollen. Sie hoffen nach wie vor auf die „Vernunft“ der politischen Eliten, auf den Bundespräsidenten, auf die „vernünftigen“ Unternehmer oder auf die „Sozialpartner-

schaft“, die aber Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, ÖVP, NEOS und FPÖ längst aufgekündigt haben. Industrie- und Wirtschaftsvertreter machen mit Kurz gegen ÖGB, AK, SPÖ mobil und diesen nur dann „sozialpartnerschaftlich“ schöne Augen, wenn diese z.B. keine Vermögenssteuer, keine Rücknahme der Auslöschung der Selbstverwaltung der Sozialversicherung der Arbeiter- und Angestellten, keine Rücknahme des 12-Stunden-Tages bzw. der 60-Stundenwoche usw. verlangen.

Ob deshalb dann die Großkapitalisten für eine SPÖ-Regierungsbeteiligung, für echte Zugeständnisse bei Kollektivvertragsverhandlungen an ÖGB oder AK sind und die Medien via Message Control entsprechend anhalten – wie sie das jetzt für Kurz tun – für SPÖ, AK oder ÖGB freundlich zu schreiben, ist eine trügerische Hoffnung der Spitzenvertreter.

Für die breite Masse der Bevölkerung ist das alles jedenfalls eine gefährliche Situation: Schon wenn es so bleibt wie es ist. Was ja keinesfalls gesagt ist, denn Kurz will ja laut Wahlplakat den angefangenen Weg fortsetzen. Eine gefährliche Ankündigung, bedeutet dies doch: noch mehr Arbeitsdruck, noch mehr Entrechtung am Arbeitsplatz und in Gesellschaft, noch mehr Überwachungsstaat, noch mehr Sozial- und Demokratieabbau.

Dass SPÖ, GRÜNE und JETZT keine Neuauflage von Türkis-Blau wollen, ist klar. Mittlerweile haben auch ÖVP-ÖAAB-Tirol und AK-Tirol sich gegen eine Neuauflage von ÖVP-FPÖ ausgesprochen. Ebenso klar ist, dass NEOS Kurz nicht das Misstrauen ausgesprochen haben und die FPÖ sich täglich anbietet, wieder mit Kurz auf Regierungsposten sitzen zu wollen. Aber auch so manche(r) der jetzt wieder in den Medien hochgejubelten GRÜNEN, kann sich vorstellen mit der ÖVP zu koalieren.

Übergang-Vizekanzler und Justizminister Clemens Jabloner sieht durch die Politik, die Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) vertreten hat, ganz richtig die Grundrechte bedroht und hält zur türkis-blauen Vorgängerregierung fest: **„In gewissen Teilen brauchen wir keine Reform, sondern eine Reparaturregierung“.** (Kronen-Zeitung, 1.9.2019).

Allerdings: Reparatur alleine genügt nicht. Es geht um Rücknahme aller unsozialen und undemokratischen Maßnahmen!

Dazu braucht es Widerstand von unten. Wer berechtigt erschreckt und besorgt ist, soll sich aktiv einschalten, Gleichgesinnte um sich suchen, ansprechen, treffen und gemeinsam – gestützt auf unseren Verstand, auf unser soziales Gewissen und auf unsere solidarische Kraft als Menschen aufbauend – handeln und aktiv werden!

Wir bieten dazu unsere Unterstützung an. Wer selbst in seinem Umfeld/Umgebung aktiv werden und mitmachen will und Mitarbeit sucht, kann sich gerne bei uns melden: ggae@gmx.at

Klimakatastrophe

Kapitalismus und seine Kriege sind die größten Klimakiller

In den letzten Jahren wird durch die Wetterkapriolen (Temperaturanstieg, Hitze, Dürre, Wassermangel, Stürme, Starkregen, Hochwässer, Muren, Hangrutsche, Gletscher- und Polschmelze, Anstieg des Meeresspiegels, Klimaflüchtlinge, Hitzetote, Tote durch Unwetter...) auch in Österreich den Menschen immer mehr bewusst, dass der Klimawandel stattfindet, nicht weit weg passiert, zur Klimakatastrophe auch bei uns führt.

Seit rund einem Jahr, beginnend mit den Schülerstreiks gegen die Folgen des Klimawandels (Fridays for Future), gegen die Untätigkeit der Regierenden, gehen weltweit Millionen von Menschen – vor allem Jugendliche (in Österreichs jeweils 30.000 bis 40.000 Menschen) auf die Straße. Sie demonstrieren für ihre/unsere Zukunft und die Zukunft des Überlebens auf unserem Planeten Erde. Ende September findet der 3. Weltklimastreik statt.

Die herrschenden Wirtschafts- und Politeliten, die mit ihrem kapitalistischen Ressourcenverschwendungs- und Wegwerf-Wirtschaftssystem den weltweiten Klimawandel verursachen, müssen darauf reagieren. Unter den Machthabern in Konzernen und Regierungen gibt es etwa drei Fraktionen. Keine nimmt die heraufziehende Klimakatastrophe wirklich ernst, sondern alle versuchen, den völlig berechtigten Aufschrei, die völlig berechtigten Proteste und Schülerstreiks letztlich zu kanalisieren und damit zu bekämpfen und unwirksam zu machen. Doch damit kann man höchstens die Proteste aufschieben, die Klimakatastrophe aber verschärft sich dadurch, weil im Prinzip alles beim Alten bleibt, bestenfalls wieder einmal „grün“ angestrichen oder „klimafreundlich“ beschildert werden soll.



Strohalm der Konzerne
(Karikatur: Wiener Zeitung, 9.7.2019)

Da gibt es

- die offenen Klimawandel-Leugner á la Trump & Co – auch in Österreich – z.B. die FPÖ
- die Verharmloser und Beschwichtiger v.a. in den Regierungen
- die „Klima-Anpassung“-Prediger, v.a. in Kreisen der Wirtschaft, die sich davon ein neues Geschäftsfeld wie „Bio“, „CO2-neutral“ usw. erhoffen und versuchen in ihrer kapitalistischen Profit- und Wegwerfwirtschaft zu retten was zu retten ist – nämlich die Profitmacherei und NICHT das Klima.

Wie?

Indem behauptet wird, dass ein „**Grüner Kapitalismus**“ der **Ausweg wäre** – und eben nur auf Basis von freier Marktkonkurrenz, also nur kapitalistisch möglich sei. Also in Wirklichkeit, weiterhin umweltschädlich Wirtschaften. Als Beispiele werden z.B. genannt: Umstellung auf E-Autos, auf E-Räder, auf E-Bikes, auf noch stromintensivere Digitalisierung, Nutzung der energiefressenden „Blockchain“-Technologie, 5G-Technologie (z.B. für selbstfahrende Fahrzeuge, „smarte“ selbstkommunizierende Wohnungen, Stromzähler usw.)

Nicht vergessen soll dabei werden, dass viele dieser als so neu beworbenen „smarten“ Technologien auch ein riesiges Überwachungsmonopol für Konzerne und Regierungen bedeuten.

Da das alles noch stromfressender und ressourcenraubender ist (Stichwort: seltene Erden) wird deshalb wieder einmal die Atomenergie (schwimmende AKWs für energieintensive schwimmende Städte) und die Gentechnik aus dem Giftschränk der Konzern-Propagandisten geholt.

Ergebnis: Alles ein neues super Geschäft mit viel Profitmöglichkeiten für findige „Start-Up“-Kapitalisten, reiche Länder und reiche Investoren. Smart, klug? Ja, klug in den Augen Weniger, katastrophal für die Masse der Menschen und unserer Umwelt.

Eines vor allem soll nicht angetastet werden: die ressourcenfressende, energieraubende, Menschen vernichtende, Produkte verschleudernde kapitalistische Profit- und Wegwerfproduktions- und Konsumgesellschaft.

Will man wirklich etwas ändern, wirklich etwas gegen Klimawandel und Menschen- und Umweltvernichtung wirksam tun, muss genau hier angesetzt werden. Ohne Umstellung der Profitwirtschaft auf eine Solidarwirtschaft wird es keinen Fortschritt für die Menschen geben.

Ursache für Klimakatastrophe und zunehmende Armut in der Welt – immer offener auch bei uns in den „goldenen“ Industrieländern zu sehen – sind der auf Ausbeutung von Natur und Mensch beruhende Kapitalismus, der sich gerne als „freiheitsliebender Neoliberalismus“, der durch Globalisierung „Gleichheit“ für alle bringen würde, tarnt. Besonders in der sogenannten Dritten Welt sieht man ganz deutlich die negativen Auswirkungen dieser neoliberalen „Segnungen“ und bei uns durch den Abbau der Sozialsysteme, Arbeitslosigkeit, Altersarmut usw.

Dieser „neoliberale Ausweg“ erzeugt aber zur Absicherung seiner Profite ständig Umweltzerstörung, Krisen, Wirtschafts- und Handelskonflikte bis letztlich militärische Konflikte und Kriege um Rohstoffe und Einflusszonen. **Krieg als Endpunkt dieser Profitwirtschaft ist der größte Umwelt-, Klima- und Menschenkiller!**

Den „Klimanotstand“ ausrufen! Das fordern manche Klimakämpfer. Doch dass jetzt – nachdem in den letzten 20 Jahren schon viele Gemeinden in Österreich sich zu „Klimabündnisgemeinden“ erklärt haben ohne dass die CO₂-Emissionen zurückgingen, ja in Wirklichkeit weiter stiegen und steigen – Gemeinden und Städte sich nun als „Klimanotstands“-Gemeinden outen, ist absolut zu wenig! Das alleine beinhaltet die Gefahr, dass den Menschen, die sich gegen die Klimakatastrophe engagieren wollen, wiederum von den Etablierten in den Büros der produzierenden Konzerne des Handels sowie aus den Politstuben Sand in die Augen gestreut wird – aber keine reale Veränderung zum positiven bewirkt wird.

Auch die **Forderung nach Klimaschutz in der Verfassung und dass alle Gesetze auf „Klimaneutralität“** vor Inkrafttreten zu prüfen seien, greift zu kurz – wie schon jetzt das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zeigt. Trotz UVP werden in Österreich so viele Flächen versiegelt wie in keinem anderen EU-Land. Und ist die UVP für die Wirtschaft einmal ein Hindernis, wird trotz Verbot die 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat doch genehmigt, weil das Urteil des einen Gerichts von einem anderen Gericht ohne Einspruchsmöglichkeit aufgehoben wird. Ähnlich verhält es sich bei der Lobau-Autobahn im Nordosten Wiens, die gegen alle negativen Gutachten trotzdem gebaut werden soll.

Klimademokratie statt „Klimanotstand“. Auch das Klimavolksbegehren, das jetzt in Gang gesetzt wurde, das die Regierenden nur aufruft, auf allen Ebenen den „Klimanotstand“ (siehe oben) auszusrufen, greift zu kurz und wird schon von den Etablierten dazu missbraucht sich im Klimaprotest zu sonnen. So bekennen sich vor den kommenden Nationalratswahlen praktisch alle Parteien mehr oder weniger zum „Klimaschutz“, verlangen „Klima(bei)rat“ oder „Klimakonvent“. Gleichzeitig wird von der Wirtschaft das Mercosur-Abkommen der EU mit Brasilien hochgelobt, wo die neue Rechtsregierung

gerade im Amazonasgebiet zu Waldbrandlegungen ermutigt.

Die Menschen auch bei uns wollen das alles nicht mehr widerspruchslos hinnehmen. Deshalb verbreiten immer mehr Medien gleichzeitig, als Vorbereiter und Wegbereiter der Interessen der Konzerne in den Köpfen der Menschen, dass es – wollen wir der Klimakatastrophe entgehen – ohne Verzicht, ohne unangenehme Maßnahmen (Klimanotstand?), ohne Atomkraft und Gentechnik nicht gehen wird, wir uns darauf einstellen werden müssen. Die Konzerne werden uns zu verkaufen versuchen, dass alte (Atomkraft, Gentechnik) und neue Profitquellen im Namen von „Klimaschutz“ das kleinere Übel sind. Seien wir also wachsam und weisen das entschieden zurück!

Was gegen die Klimakatastrophe, für den Schutz unseres Lebens und unserer Umwelt notwendig ist, ist dieses Wirtschafts- und Profitsystem radikal zurückzudrängen und letztlich zu beseitigen. Solidar- und Gemeinwirtschaft statt Konkurrenz- und Profitwirtschaft.

Das heißt z.B. mehr E-Bahn statt E-Autos, mehr öffentlicher Verkehr, lokale Produktion statt globalen Transport, Mobilität für die Menschen statt Mobilität für die Konzerne, langlebige Produkte statt Wegwerferzeugnisse, anders bauen und wohnen, neue Raumordnung für Mensch und Umwelt statt für Bodenspekulanten.

Es bedeutet auch

- weniger Arbeiten statt mehr Arbeiten (Arbeitszeitverkürzung), weil langlebige Produkte nicht so viel Arbeit brauchen
- mehr Freiheit für die Menschen, weniger Freiheit für die großen Konzerne
- statt Arbeit die Wertschöpfung der Konzerne und das Vermögen der Reichen besteuern, das sie sich nicht durch eigene Arbeit, sondern durch unsere unterbezahlte Arbeit angehäuft haben

Mit diesem Geld können Klimawandel bekämpft, Umwelt geschützt und unsere Sozialsysteme abgesichert werden. Das schwächt zwar das Profitmachen einiger Weniger, erhöht aber Lebens- und Umweltqualität der Masse der Menschen.



**Kommt zum 3. Weltweiten Klimastreik
Freitag, 27. September 2019**

Detailinfos siehe TERMINE auf der letzten Seite

Millionen Euro aus Steuergeldern für die „Motohall“ des KTM-Besitzers

Stefan Pierer in Mattighofen, OÖ, KTM-Besitzer, hat im Nationalratswahlkampf 2017 der ÖVP/Kurz 436.000 € als Spende überwiesen.

In der Vorwahlzeit 2017 hatte er sich wie andere Großindustrielle u.a. für Änderungen zu Gunsten der Unternehmer stark gemacht. Die türkis-blaue Regierung beschloss dann u.a. den 12 Stundentag, die 60-Stundenwoche usw. und auch die Senkung des Unternehmerbeitrages der AUVA-Unfallversicherung von 1,3% auf 0,8%. Die Senkung erfolgt schrittweise auf 5 Jahre um jährlich 0,1%. Allein durch diese letztgenannte Kürzung der Unternehmerbeiträge spart sich KTM, mit 4000 Mitarbeitern in Österreich, in der Endausführung in weniger als fünf Jahren mehr als seine gesamte Wahlkampfspende, auf dem Rücken der AUVA, d.h. zu Lasten der Masse der Arbeiter u. Angestellten.

KTM machte im Jahr 2018 **1,56 Milliarden Euro Umsatz und etwa 117 Millionen Euro Jahresgewinn**. Der Konzern hat nun in den letzten drei Jahren in Mattighofen die „Motohall“ bauen lassen, eine Verkaufshalle für seine Motorräder und Mopeds mit Shop und Vortragsräumen plus Tiefgarage usw., Kosten ca. 30 Millionen Euro. Die Investition ist als Marketinginstrument steuerlich in vollen Umfang absetzbar!

Das ist aber noch nicht alles!

Nun ist bekannt geworden, dass der Motorradkonzern für die „Motohall“ vom Land Oberösterreich und der Gemeinde Mattighofen von 2016 bis 2022 insgesamt über 6 Millionen Euro öffentliche Fördergelder aus dem Kulturbudget (!) erhält bzw. schon teilweise erhalten hat. (Seit 2016 erhielt er bis jetzt pro Jahr aus einem Topf 320.000 Euro jährlich)

Darüber hinaus erhielt KTM von der Gemeinde Mattighofen

ein 5.400 m² großes Grundstück in bester Lage zum Preis von 1.- Euro im Jahr, auf 66 Jahre. Baugründe kosten dort ca. 200.- bis 300.- Euro pro m², d.h. ein Geschenk von mindestens 1 Million Euro.

Die neuerrichtete „Motohall“, 3.000 m² groß, ist ein großer Showroom, eine Werbeschau für die KTM Marke. Im Übrigen bekommt Pierer die Förderung für die „Motohall“ als „Museum“. Sie ist im Förderantrag als Museum deklariert, steht der Öffentlichkeit allerdings nicht zur Verfügung obwohl sie mit öffentlichen Fördergeldern finanziert ist. KTM gibt selbst an, die Ausstellungshalle vor allem „für interne Zwecke“ zu verwenden. KTM-Chef Pierer selbst spricht nicht von einem Museum, sondern er beschreibt die „Motohall“ als Marketing-Instrument, als Stärkung der Marke, als Schulungszentrum und als Schau der eigenen Firmengeschichte.

In Oberösterreich regiert Schwarz-Blau seit 2015. In vielen Kunst- und Kulturbereichen wurden z.B. 2017 bis zu 30 % der Förderungen gekürzt. Die Kulturplattform OÖ (KUPF) beklagt in einer Aussendung die Vergabepolitik der Kulturförderungen des Landes Oberösterreich. Laut KUPF fehlt aufgrund der Inflation und schrittweiser Kürzungen (um ca. 18%) derzeit eine Summe von 5,2 Millionen Euro im Förderbudget. Gleichzeitig freut sich das Motor-Konzern KTM, wie berichtet, über sogenannte „Kultur-Förderungen von über 6 Mio. Euro für seine Produkte. D.h. KTM würde mehr „Kulturförderung“ bekommen als alle KünstlerInnen und Kulturvereine Oberösterreichs zusammen.

Die Politik dient dem „Großen Geld“, sie sorgt dafür, dass die Reichen, die Konzernherren, die Investoren immer noch reicher und diejenigen, die wenig haben, noch ärmer werden.

Das muss ein Ende haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! **Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig**, ist unser Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Mit kollegialen Grüßen, „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K. **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** / BIC: BAWAATWW; **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Datenschutzerklärung: Wir von den „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch die „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ zu den oben angeführten Zwecken.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133. www.atomgegner.at

Am 2. September 2019, anlässlich der Vorstellung des Aktionsbündnisses für Aktive Neutralität und Gewaltfreiheit (AbFaNG), das wir mit aufgebaut haben und in dem wir gemeinsam mit anderen Friedens-, Antikriegs-, Umwelt- und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, haben wir nachfolgende Stellungnahme verfasst:

NEUTRALITÄT und soziale Sicherheit statt „Sicherheit“ durch Aufrüstung

Österreich ist seit 1995 Mitglied der EU. Vor dem Beitritt und damit die Abstimmung mit einem JA zum EU-Beitritt ausgeht, wurde damals versprochen, dass Österreichs Neutralität unangetastet bleibt. Die seither zunehmende Einbindung Österreichs in die EU-Militarisierung sowie die Teilnahme an Auslandseinsätzen Österreichs in Kriegs- und Krisengebieten in Europa, Asien oder Afrika unter EU- oder NATO-Kommando – angeblich zur „Friedenssicherung“ – widersprechen Österreichs Neutralität und damit dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Österreicher*innen. Diese Politik führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern droht im Gegenteil unser Land erst recht in Krisen und Kriege hineinzuziehen und Österreich so auch zum Ziel von Konflikten und Anschlägen zu machen.

Die EU ist auf dem Weg zur Rüstungs- und Kriegsunion. Das ist eine Gefahr nicht nur für Österreichs Sicherheit und Neutralität, sondern auch für den Frieden in Europa!

Massiver Sozial- und Demokratieabbau für die Menschen bei gleichzeitiger Aufrüstung, die die Arbeitnehmer*innen bezahlen sollen (Stichworte: Sozialversicherung/Selbstverwaltung/Selbstbehalte, länger Arbeiten/12-Stunden-Tag, sinkende Lohnquote, weitere „Pensionsreformen“, steigende Kosten für Gesundheit, Bildung und das tägliche Leben, Wohnen usw.), das steht uns mehr und mehr ins Haus, wenn wir dagegen nicht aktiv werden. Die Teilnahme Österreichs an der EU-Militarisierung (u.a. Ständig Strukturierte Zusammenarbeit - SSZ/PESCO) ist Verfassungsbruch! 80 % aller Österreicher*innen sind nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität. Deswegen trauen sich Österreichs Regierende derzeit nicht, das Neutralitätsgesetz formal anzutasten. Sie haben Angst, dass die Österreicher*innen den Schwindel durchschauen und ihre Pläne ablehnen.

Wir fordern die jetzige/künftige Regierung, das jetzige/künftige Parlament auf, im Sinne der Neutralität zu handeln:

Österreich raus aus der EU-Militarisierung, raus aus den Auslandseinsätzen des Bundesheeres für EU-, NATO- oder Großmachtinteressen, raus aus SSZ/PESCO, raus aus der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“, keine Beteiligung an einer EU-Armee oder an EU-Battlegroups – weder durch Soldat*innen noch finanziell! Keine Annäherung an die NATO! Soziale Sicherheit statt Aufrüstung! Österreich ist neutral und muss es bleiben!

Der ÖGB hat in seinen Statuten im § 3 (1) die Verteidigung der Neutralität festgeschrieben und ist im Oktober 2004 im Bundesvorstand für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung eingetreten.

Wo bleibt das sichtbare und öffentlich laute Engagement ÖGB:

- gegen die geplante Steigerung der österreichischen Militärausgaben (+70%)?
- gegen die Teilnahme Österreichs an der EU-Aufrüstung (SSZ/PESCO)?
- für Erhaltung und Ausbau der Neutralität?

Das Neutralitätsgesetz war und ist Ausdruck des Willens der Menschen, dass Österreicher*innen nicht wieder, wie schon zweimal in der Geschichte, für Großmachtinteressen kämpfen und sterben müssen!

- Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um Kriegspläne
- Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Militärinterventionen und Krieg
- Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit der Konzerne.

DIE FRAGE IST: Entweder Eingliederung in die EU der Konzerne und Militärs, Aufgabe der staatlichen Souveränität Österreichs und Teilnahme an Kriegen o d e r Neutralität, Selbstbestimmung und Friedenspolitik!

Wir „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ sind für Friedenspolitik durch aktive Neutralität!



HINWEIS: 26. Oktober 2019:
Aktionstag – Tag der Neutralität
Flugblattverteilaktion
Details siehe Termine auf der letzten Seite

INF-Vertrag seit 2. August 2019 außer Kraft

Neues Atomwetter ist zu befürchten

Die weltweite Aufrüstungswelle rollt wie aus den Dokumenten des SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) hervorgeht. Noch einmal verschärft wird die Situation durch die Aufkündigung des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces, also über landgestützte Nukleare Mittelstreckensysteme mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometer) durch die USA – und in der Folge durch Russland. Die USA begründeten den INF-Ausstieg unter anderem auch damit, dass

China nicht Vertragspartner des INF-Abkommens sei. Kurz darauf testeten die USA eine neue Mittelstreckenrakete und kündigten die Stationierung neuer Raketen in der Asien-Pazifik-Region an, was vor allem eine offene Drohung an China ist. „Viel Kapital und Intelligenz werden in einen neuen Rüstungswettlauf investiert statt in die Lösung der dringenden globalen humanitären und ökologischen Probleme“, so die „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW).

Im Windschatten der Klimakatastrophe I

Atommafia wittert Aufwind

Die **Atomkatastrophen** von Harrisburg (USA 1979), Tschernobyl (1986 Russland/Ukraine) oder Fukushima (Japan 2011) sind vielen Menschen noch in schrecklicher Erinnerung. Tschernobyl und Fukushima strahlen weiterhin und sind leck. Daneben passieren laufend „kleinere“ Atomunfällen und AKW-„Betriebsstörungen“ nicht nur rund um Österreich, sondern in praktisch allen AKW-Ländern Europas und auf der ganzen Welt. Davon wird wenig bis nichts berichtet. Trotzdem hält die Atomindustrie in den AKW-Ländern an ihren Atomplänen fest und nutzt die Klimakatastrophe wieder einmal als Gelegenheit die tödliche radioaktive Atomenergie als Ausweg aus der Klimakrise zu preisen. Nachfolgend einige Beispiele:

Im slowenisch-kroatischen **AKW Krsko**, das auf einer Erdbebenlinie liegt und immer wieder „Betriebsprobleme“ hat, soll jetzt ein zweiter Reaktor errichtet werden. Für eine Laufzeitverlängerung bis 2043 (!) sollen in das Uralt-AKW 150 Millionen Euro investiert werden.

Tschechiens Energieminister kündigte an, die AKWs **Temelin** und **Dukovany**, beide nahe der österreichischen Grenze auszubauen.

Die slowakische Präsidentin Caputová erklärte bei ihrem Staatsbesuch in Österreich, dass das **AKW Mochovc** wegen des Kohleausstieges jedenfalls fertiggebaut werde. Punkt, aus. Dass Bundespräsident Van der Bellen die transparente Informationspolitik der Slowakei lobte, wirkt da wie ein Hohn, bedenkt man die Atomgefahren, die im Uralt-AKW Mochovc lauern.

Auch **Australien will** im Namen des Klimaschutzes sein seit 20 Jahren geltendes Verbotsgesetz zum Bau von AKWs kippen und **bis 2025 bis zu 25 AKWs bauen**. Dazu muss man wissen, dass in den Böden Australiens ein Drittel der weltweiten – zur Neige gehenden – Uranvorräte liegen.

Schwimmende AKWs. Russland hat das erste Schiffs-AKW in Betrieb genommen. Es soll Gas- und

Ölbohrinseln oder entlegene Städte in Sibirien mit Strom versorgen und ein AKW auf durch den Klimawandel-Temperaturanstieg auftauenden Permafrostboden ersetzen. Auch US-amerikanische, kanadische und staatliche chinesische Unternehmen verfolgen die Entwicklung schwimmender AKWs.

Im Windschatten der Klimakatastrophe II

Mit „CO₂-neutralen“ AKWs gegen den Klimawandel?

Erstens: Atomkraft ist keineswegs CO₂-neutral, wenn man die gesamte Brennstoffkette berücksichtigt. Zweitens: Wir haben in der EU mehr als genügend Strom. Selbst bei Spitzenbedarf werden nur rund 61 Prozent der möglichen Strommenge verbraucht.

In Deutschland z.B. werden Windkraftwerke immer wieder abgeregelt, d.h. kurzzeitig abgeschaltet, weil mehr Strom erzeugt wird, als die Netze fassen können.

Drittens: Wenn wir zu wenig Strom aus erneuerbaren Energiequellen hätten, wäre es doch logischer, in Erneuerbare Energien zu investieren, anstatt mit Milliarden an Steuergeldern unwirtschaftliche und gefährliche Gas-, Kohle- und Atomkraftwerke zu fördern! Wenn wir den Strom in Atomkraftwerken erzeugen und es zu einem Super-GAU kommt, der halb Europa verstrahlt, haben wir doch nichts gewonnen! (Die Antworten stammen aus: *Atomkraftfreie Zukunft*, Nr. 2., Juni 2019)



Schweizer Atomgegner*innen demonstrieren gegen das Märchen von der CO₂-freien Atomenergie: „Nein, Atomkraft ist nicht gut fürs Klima“ (aus: *contrAtom*, Nr. 135, Juni 2019)

Nachruf auf Hans Enhuber

(+ 28.06.2019)



„Im Namen vieler Menschen, auch den Vertretern der anderen ehemaligen Standorte für Atommülllagerstätten Österreichs, habe ich ... die traurige, aber ehrenvolle Aufgabe, mich von dir, Hans Enhuber, unserem Vorsitzenden zu verabschieden.

Vor rund 30 Jahren haben sich viele Frauen und Männer unserer Heimat zu einem Forum zum Schutz eben dieser Heimat zusammgefunden. Nicht nur in unserer Gegend, österreichweit ist ähnliches passiert. Niemand wollte ein totbringendes Lager für Müll aus Atomabfall zulassen. Wir ahnten schon damals, dass wir den Kampf gegen ein solches Lager nicht nur für uns selbst aufgenommen haben. Unzählige Generationen nach uns würden hoffentlich von der Abwendung dieser Bedrohung einen Nutzen für ein lebenswertes Leben ziehen ...

Aus unserem Ort warst du, Hans, einer der Gründer des Forum Bosruck Steiermark gegen Atommüll und hast dich als Vorsitzender zur Verfügung gestellt. Ich kann hier keine Einzelheiten aufzählen, ... Deiner Familie gebührt aufrichtiger Dank für ihre volle Unterstützung ...

... Die gemeinsame große Demonstration am Bosruck mit ungeahnt vielen Gleichgesinnten aus unseren Bezirken Liezen und Kirchdorf an der Krems, und weit darüber hinaus, brachten zumindest eine Nachdenkzeit ...

Hauptsächlich den steirischen, aber auch vielen anderen Helfern ist es mit großer Anstrengung gelungen, ein Mahnmahl für die Nachwelt zu errichten ... die Krone dieses Mahnmahls, das Gipfelkreuz am Kitzstein, stammt aus deiner Hand. Es wird uns immer, solange wir leben, an dich erinnern ... Unser Mitgefühl gilt vor allem deiner Traude und eurer Familie. Vergelt's Gott und Danke, lieber Hans!

Hartmut Beichtbuchner

Sprecher für das „Forum Bosruck Steiermark“

(Die Verabschiedung war sehr würdig und hat unter großer Anteilnahme stattgefunden)

(Text, leicht gekürzt durch die GGAE-Redaktion)

*

Wir haben Hans Enhuber als aufrichtigen Streiter und Aktivisten gegen die Lagerung von Atommüll in Österreich kennen und schätzen gelernt und mit ihm und dem „Forum Bosruck Steiermark“ als Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ im Rahmen der BIGA (Bürgerinitiativen gegen Atommüll Österreich) sehr gerne zusammengearbeitet. Wir danken ihm und seiner Familie für den Einsatz.

Im Windschatten der Klimakatastrophe III

Neue Profitquellen für Geschäftemacher

Zum Beispiel das Vorhaben des US-amerikanischen Kapitalisten und Gründers des Online-Bezahldienstes PayPal, Peter Thiel. Er will mit dem Anstieg des Meeresspiegels durch die Klimakatastrophe wie folgt Geld machen. Sein Seasteading-Institute will schwimmende Meeressiedlungen (Seasteads), errichten und so „unsere Welt für den Kapitalismus sicherer“ machen. (Wiener-Zeitung Extra: Kühne Visionen auf Wasser, 17./18.8.2019) Und zwar für Reiche: Denn die Zeitung berichtet, dass die Firma „Blue Frontiers ... von superreichen Idealisten gegründet“, die Errichtung solcher Seasteads in französisch-polynesischen Gewässern im Pazifischen Ozean laut Joe Quirk (Präsidenten des Seasteading Institute und Co-Gründer von Blue Frontiers) aus folgenden Gründen für geeignet hält: „Es liegt außerhalb (noch, Anm. d. Red.) des Hurrikan-Gürtels, verfügt über moderne kabelgebundene Internet- und viele Flugverbindungen (sehr klimaschonend, Anm. d. Red.) zu Großstädten wie Los Angeles und San Francisco“ (wann werden diese Städte überschwemmt sein?, Anm. d. Red.). 2020 soll ein Plattform-Prototyp mit Luxus-Restaurant als Info-Hotspot eröffnet werden und Investoren anlocken. „Meer-Zukunft für Reiche statt mehr Zukunft für alle“ ist das Motto der Kapitalismusschützer.

Fukushima

Tödliche Entgiftungsversuche

Vor 8 Jahren kam es zur Kernschmelze in drei Reaktoren. Laut Fukushima-Atombetreiber TEPCO, Japans Atomaufsichtsbehörde NISA und der UNO-Atomagentur IAEA soll die endgültige Dekontamination noch rund 40 Jahre dauern. Selbst das – siehe Tschernobyl – dürfte gefährliche Beruhigungspropaganda sein. Derzeit wird das austretende radioaktiv verseuchten Wasser (bereits 1,15 Millionen Tonnen!) zum Problem. Zum Auffangen wurden 1.000 Spezialtanks gebaut, 960 sind schon jetzt voll. Bis Sommer 2022 werden alle Tanks voll sein! Was dann? Nach den Plänen von TEPCO, NISA und IAEA soll das radioaktive Wasser verdampft, unter die Erde eingespritzt oder in noch mehr Spezialtanks gelagert werden. Wie lange solche Tanks halten, ist nicht bekannt. Die IAEA schlägt vorzugsweise vor, das verseuchte Wasser langsam ins Meer, abzulassen. Das wird natürlich von der Bevölkerung massiv abgelehnt.

„Verdampfen“ oder „verdünnen“ auf Kosten von Gesundheit und Leben der Menschen, damit Fukushima wieder als „entgiftet“ gilt, damit die Atommafia sagen kann: seht her, wir haben den bisher größten Super-GAU bewältigt, seht her, AKWs können ruhig weiter betrieben werden. Und die IAEA, der Österreichs Regierende trotz des Atom-Neins der Österreicher Sitz und positives Image geben, steht bei dieser „Endlösung“ an vorderster Front. Hauptsache, die Profite der Atommafia verdampfen oder „verdünnen“ nicht. Ihre Profit-Sicherheit ist unser Schaden oder Tod.

TERMINE

www.atomgegner.at Wer mitmachen will, kontaktiert uns bitte unter: ggae@gmx.at

3. Weltweiter Klimastreik

Freitag, 27. September 2019

11:55 Uhr – Start, Sammelpunkte: **Praterstern, Hauptbahnhof, Christian-Broda-Platz** (Westbahnhof)

14.00 Uhr – Kundgebung am Karlsplatz

15.30 Uhr – Abschlusskundgebung am Heldenplatz

20.-27. September 2019 / Woche für die Zukunft

Aktionstreffen

Montag, 7. Oktober 2019 – 19.00 Uhr

NACH DER WAHL

Wie geht es weiter? Wie können wir handeln?

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
Raum 3, Erdgeschoß

Aktionstag

Samstag, 26. Oktober 2019 – ab 9.00 Uhr

TAG DER NEUTRALITÄT

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Flugblattverteilaktion ab 9.00Uhr, **Treffpunkt:**

1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem Eingang Volksgarten zum
Heldenplatz, zwischen Radweg und Fahrbahn/Straße/Ring

Podiumsdiskussion

Dienstag, 5. November 2019 – 18.30 Uhr

Wie sehr ist Österreichs Neutralität gefährdet?

Ort: WUK, Währingerstraße 59, 1090 Wien

Veranstalter: AbFaNG

www.atomgegner.at Wer mitmachen will, kontaktiert uns bitte unter: ggae@gmx.at